Kleine Anfrage

**Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 20.05.2025**

Beteiligung Hessens an der Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antiziganismus**und****Antwort****Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales****Vorbemerkung Fragesteller:**

Im März 2021 legte die Unabhängige Kommission Antiziganismus (UKA), die im Auftrag der Bundesregierung zwischen 2019 und 2021 tätig war, ihren Abschlussbericht vor. In diesem Bericht dokumentierte sie strukturellen Rassismus und Diskriminierung gegenüber Sinti und Roma in vielen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung, Polizei, Wohnen oder Medien. Der Bericht macht einmal mehr deutlich, dass Antiziganismus ein massives gesamtgesellschaftliches Problem in Deutschland darstellt. Die UKA empfahl unter anderem die Einrichtung einer dauerhaften Bund-Länder-Kommission, um eine koordinierte Umsetzung von Maßnahmen gegen Antiziganismus auf allen staatlichen Ebenen zu ermöglichen. Im Juni 2021 wurde schließlich die gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antiziganismus durch die Ministerpräsidentenkonferenz und das Bundeskanzleramt eingesetzt.

Vorbemerkung Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Die konstituierende Sitzung der gemeinsamen Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antiziganismus fand am 07.10.2024 statt. Die erste Arbeitssitzung des Jahres 2025 fand am 26.03.2025 statt.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1 Welche Vertreterinnen und Vertreter der Hessischen Landesregierung sind seit wann in der ständigen Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antiziganismus für Hessen vertreten?

Hessen ist in der Kommission durch Frau Staatssekretärin Strube und auf Ebene des Fachreferats vertreten.

Frage 2 In welchem Turnus tagt die ständige Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antiziganismus?

Die Bund-Länder-Kommission tagt zweimal im Kalenderjahr.

Frage 3 Wie häufig nahmen hessische Vertreterinnen und Vertreter bisher an den Sitzungen der ständigen Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antiziganismus teil?

Hessen war bei der ersten von bislang zwei Sitzungen der Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antiziganismus vertreten. Für die zweite Sitzung war eine Teilnahme vorgesehen, diese musste jedoch aufgrund eines kurzfristigen krankheitsbedingten Ausfalls entfallen. Für künftige Sitzungen, einschließlich der nächsten im Herbst 2025, ist ebenfalls eine Beteiligung des Landes Hessen vorgesehen.

Frage 4 Inwiefern wurden im Rahmen der Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antiziganismus die vorgesehenen Kürzungen im Bundeshaushalt für das Projekt der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus thematisiert?

Frage 5 Inwiefern wurden in diesem Rahmen die Auswirkungen dieser Kürzungen auf das Fortbestehen der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Hessen thematisiert?

Frage 6 Wie beurteilt das Ministerium den Fortbestand der Arbeit der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Hessen angesichts des drohenden Wegfalls der Bundesförderung?

Die Fragen 4 bis 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet: Bislang sind keine konkreten, das Projekt MIA auf Bundes- oder Landesebene betreffenden Kürzungspläne bekannt.

Frage 7 Wie wird sich das Hessische Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales für den Fortbestand der Arbeit der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Hessen einsetzen?

Das Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales wird sich sowohl in bilateralen Gesprächen mit dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend als auch im Rahmen der Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antiziganismus für den Fortbestand der Bundesförderung für die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Hessen einsetzen.

Wiesbaden, 10. Juni 2025

Heike Hofmann